

Übersichten

März 1998

Außenpolitik

1 China und die EU (1): Solide Grundlagen

Die chinesisch-europäische Partnerschaft beruht auf einem soliden wirtschaftlichen Fundament. 1997 belief sich der Handel zwischen China und den 15 EU-Staaten auf 43 Mrd. US\$ - gegenüber 1993 hatte sich das Volumen damit mehr als verdreifacht!

Da Chinas gesamtes Handelsvolumen 1997 auf 325 Mrd. US\$ angestiegen war (China war damit gleichzeitig von Rang 11 im Welthandel auf Rang 10 aufgestiegen), machte das gesamte europäisch-chinesische Handelsvolumen davon also 13,2% aus.

Bei chinesischen Exporten in Höhe von 23,81 Mrd. und Importen von 19,19 Mrd. wies die chinesische Zollstatistik einen Überschuß zugunsten Chinas von 4,62 Mrd. US\$ aus.

Aus Sicht der EU-Statistik stellen sich diese Differenzen allerdings anders dar, wengleich Zahlen für 1997 noch nicht zur Verfügung stehen: So erhöhten sich die EU-Exporte zwischen 1990 und 1996 um 16,6% pro Jahr und stiegen von einem Volumen von 5,8 Mrd. ECU auf 14,7 Mrd. ECU. Auf der anderen Seite nahmen die Im-

porte aus China mit einem jährlichen Zuwachs von 17,6% weitaus schneller zu, und zwar von 11,4 Mrd. ECU auf rund 30 Mrd. ECU. War die EU gegenüber China noch 1990 mit lediglich 5,6 Mrd. ECU im Obligo gewesen, so war dieser negative Saldo bis 1996 auf 15,3 Mrd. ECU gestiegen - ein wahrhaft günstiges Geschäft für China! (Näheres dazu C.a., 1998/2, Ü 21.)

Da zu den Hauptelementen des „ostasiatischen Wirtschaftsmodells“ neben der wirtschaftlichen Stromlinienförmigkeit („China GmbH“) und der Korporativität auch die Exportorientierung gehört, erweist sich Europa in diesem Zusammenhang also für China als nach wie vor idealer Partner!

Auch mit ihren Investitionen leistete die EU einen erheblichen Beitrag zum chinesischen Aufbau: Bisher hat sie 11,5 Mrd. US\$ in über 8.000 Projekte investiert.

Dies ist eine solide Grundlage auch für die Zusammenarbeit im 21. Jh.

Aus chinesischer Sicht gibt es, wie Li Peng bei seiner jüngsten Euro-Parise betonte, auch sonst zahlreiche Punkte für Gemeinsamkeiten, nämlich - in Stichworten -: (1) keine Konflikte in fundamentalen Fragen, (2) Komplementarität in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht, (3) gemeinsame oder ähnliche Ansichten in Fragen der internationalen Politik, (4) Übereinstimmung in Fragen des Völkerrechts sowie der UNO-Priorität, (5) Respektierung der gegenseitigen Kultur und (6) gemeinsame Sorge über jene Probleme, die das Überleben der Menschheit anbelangen (XNA, 18.2.98). Demgegenüber seien die Unterschiede eher peripher und bezögen sich auf Verschiedenheiten im sozialen System, im Wertesystem und in der Ideologie. -we-

2 China und die EU (2): Die EU will keine Menschenrechtsresolution gegen die VR China mehr einbringen

Seit 1990 hat die EU Jahr für Jahr und Seite an Seite mit den USA Resolutionsentwürfe zur Verurteilung Chinas wegen Menschenrechtsverletzungen eingebracht, und zwar jedesmal anlässlich der jährlich im Früh-

jahr in Genf tagenden UN-Menschenrechtskonferenz.

Kurz vor diesem Termin pflegte auch Jahr für Jahr der vom amerikanischen Außenministerium herausgegebene „Menschenrechtsreport“ zu erscheinen.

Die antichinesischen Resolutionen waren von der Mehrheit der 53 Mitgliedsländer aber noch jedesmal ebenso regelmäßig abgelehnt, ja abgeschmettert worden.

So kam es denn erstmals im Frühjahr 1997 zu einem Konflikt zwischen den Europäern.

Frankreich vor allem wollte keine weiteren kritischen Resolutionen gegen China mehr unterstützen und erhielt mit dieser Haltung Schützenhilfe von seiten Italiens und Spaniens, woraufhin die Regierung in Paris von der *Volkszeitung* (RMRB, 30.3.97, S.3) umgehend für ihre „weise Entscheidung“ gelobt wurde.

Die Niederlande und die skandinavischen Länder andererseits hielten strikt an ihrer kritischen Haltung gegenüber China fest - hierin kräftig unterstützt von den USA.

Deutschland schwankte - wieder einmal - hin und her, pendelte sich dann aber auf die französische Position ein.

So kam es, daß das „Fähnlein der Aufrechten“, mit Dänemark an der Spitze, recht klein geworden war. Dänemark brachte denn auch am 17. April seinen Antrag auf Verurteilung Chinas ein, doch wurde auch dieser „Rest-EU“-Antrag abgewiesen - zum siebten Mal in einem Zeitraum von sieben Jahren! (Dazu C.a., 1997/3, Ü 2.)

Nach diesem Bild der Zerrissenheit, das die EU 1997 aller Welt geboten hatte, wollte man 1998 behutsamer zu Werke gehen. Am 23. Februar 1998 kamen die 15 Mitgliedsstaaten der EU in Brüssel darin überein, bei der anstehenden UNO-Menschenrechtskonferenz keine Resolution gegen China mehr einzubringen, und zwar weder gemeinsam noch in Form nationaler Einzelanträge. -we-

3 China und die EU (3): Partnerschaft erwünscht

Der EU-Beschluß, keinen Verurteilungsantrag gegen China in Genf mehr zu stellen, wurde gefaßt, nachdem eine EU-Delegation unter der Leitung

des Vizepräsidenten Sir Leon Brittan vom 16. bis 19. Februar 1998 die VR China besucht und dabei über Fragen einer künftigen „Partnerschaft“ zwischen Europa und China diskutiert hatte. In China habe es in den vergangenen Monaten „einige positive Entwicklungen“ in der Menschenrechtspolitik gegeben, kommentierte Bundesaußenminister Kinkel die Brüsseler Resolution.

Die Entscheidung stieß bei amnesty international, bei Human Rights Watch und bei zahlreichen anderen Menschenrechtsorganisationen auf scharfe Kritik (dazu SCMP, 26.2.98). Sie wiesen darauf hin, daß sich zahlreiche Dissidenten, u.a. Wang Dan, in China immer noch hinter Schloß und Riegel befänden.

Beijing andererseits zeigte sich von der neuen Politik Brüssels begeistert. Schon einen Tag nach dem Beschluß erlaubte es einer EU-Delegation, das Daxing-Gefängnis in Beijing zu besuchen (SCMP, 25.2.98).

Ein zweites Signal, das die EU der VR China gab, war die Erklärung, daß sich Europa für den Beitritt Chinas zur WTO stark machen wolle. Überhaupt waren die WTO-Diskussionen der Hauptinhalt während des viertägigen Besuchs der Brittan-Delegation in Beijing.

Während die USA gegen den Beitritt Chinas zur WTO immer noch zahlreiche Einwände erheben, setzt sich die EU dafür ein, daß China nicht von Anfang an sämtliche WTO-Verpflichtungen erfüllen müsse. Vielmehr unterstütze Brüssel die Idee einer Übergangsperiode, in deren Verlauf China Schritt für Schritt immer mehr Liberalisierungsverpflichtungen übernehmen solle.

In diesem Zusammenhang betonte Brittan, daß die „EU seit langem einer der enthusiastischsten und aktivsten Befürworter für europäisch-chinesische Gespräche zu diesem Thema“ sei (XNA, 17.2.98).

Bei seinen Gesprächspartnern löste er mit Bemerkungen dieser Art Beifall aus.

Außerdem schlug Brittan vor, daß sich die EU künftig jährlich einmal mit China zu einem Gipfeltreffen zusammenfinden solle. Als erste Veranstaltung dieser Art könne ja bereits die für Anfang April 1998 geplante ASEM-II-Konferenz in London angesehen werden. Doch müßten beide Seiten im Interesse einer Vertiefung der gegensei-

tigen Partnerschaft noch weiter gehen und „systematisch sowie planmäßig jährlich ein Gipfeltreffen“ abhalten, so wie es ja auch bereits mit den USA, mit Japan, mit Rußland und Kanada abgehalten werde.

Ganz in diesem Sinne sei die EU auch dabei, eine neue Chinapolitik zu formulieren, um die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und der EU weiter zu vertiefen.

Am 17. Februar traf Brittan mit dem mittlerweile zum Ministerpräsidenten gewählten (damaligen Vizepremier) Zhu Rongji zusammen, der sich lobend darüber aussprach, daß die EU China von der Liste jener Nationen gestrichen habe, in denen „Marktwirtschaft“ nicht stattfindet (XNA, 17. und 18.2.98). -we-

4 China und die EU (4): Besuche Li Pengs, Li Lanqings und Tung Chee-hwas

Fast gleichzeitig mit dem Brüsseler Abstinenzbeschluß traten einige chinesische Spitzenpolitiker Europareisen an, nämlich Ministerpräsident Li Peng (es war dies seine letzte Reise als Ministerpräsident), der Stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing und der Gouverneur von Hongkong, Tung Chee-hwa.

- Li Peng besuchte vom 12. bis 18. Februar Luxemburg, die Niederlande und Rußland.

In Begleitung Li Pengs befand sich die wirtschaftliche Führungselite des Landes, darunter der Stellvertretende Ministerpräsident Wang Yingfan, der Stellvertretende Außenhandels(MOFTEC)-Minister Shi Guangsheng, der Präsident der Staatlichen Offshore-Ölkorporation, Wang Yan, und der Stellvertretende Generaldirektor der chinesischen Zivilflugverwaltung, Wang Li'an.

In Luxemburg war dies der erste Besuch eines chinesischen Ministerpräsidenten überhaupt. Der Zeitpunkt war insofern gut gewählt, als zu dieser Zeit Luxemburg noch die Ratspräsidentschaft in der EU innehatte (XNA in SWB, 16.2.98).

Weitaus schwieriger war der Besuch Lis in den Niederlanden. Seine Visite sollte nicht zuletzt das politische Verhältnis zwischen China und den Niederlanden verbessern helfen. Noch 1996 hatte Den Haag ja einen Antrag zur Verurteilung Chinas bei der Men-

schenrechtskommission in Genf eingebracht. Als Folge davon war Wirtschaftsminister Wijers, der mit einer Handelsdelegation China hatte besuchen wollen, ausgeladen worden. Vor diesem Hintergrund war die Visite Li Pengs ein Signal dafür, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder normalisiert haben, zumindest aus Beijinger Sicht. Li Peng verlieh dem Wunsch nach einer weiteren atmosphärischen Verbesserung auch dadurch Ausdruck, daß er Königin Beatrix zu einem Staatsbesuch nach China einlud. Gleichzeitig erhielt Wijers grünes Licht, mit einer Wirtschaftsdelegation den aufgeschobenen Chinabesuch nachzuholen.

Außenminister van Mierlo brachte gegenüber Li Peng die Menschenrechtsfrage ins Gespräch, allerdings, wie er vorher schon angekündigt hatte, auf eine „etwas andere Art“ als früher. Man habe in Den Haag beschlossen, die Diskussion fortan über die EU zu führen. Im übrigen fand van Mierlo, daß China mittlerweile einer Menschenrechtsdiskussion offener gegenüberstehe als früher. Unter anderem sei die Hochkommissarin für Menschenrechte der UNO, Mary Robinson, nach China eingeladen worden, und außerdem beabsichtige Beijing, den UN-Vertrag über politische Rechte zu unterzeichnen. Dies seien alles Signale, die hoffnungsvoll stimmten.

Li Peng wies bei seinen Gesprächen darauf hin, daß der chinesisch-niederländische Handel 1997 die Summe von 5,5 Mrd. US\$ erreicht habe und daß die Niederlande damit zum viertgrößten EU-Handelspartner Chinas hinter Deutschland, Großbritannien und Frankreich geworden seien. Bis September 1997 hatten die Niederlande auch bereits in 518 Projekte in China investiert, und zwar in einer Gesamthöhe von 2,6 Mrd. US\$. Darüber hinaus hatten die Niederländer an China rund 330 Mio. US\$ an Krediten für 46 Projekte vergeben (XNA, 24.2.98). Beim Besuch Li Pengs in Den Haag kam es auch zur Unterzeichnung eines 4,5-Mrd.-US\$-Investitionsvertrages für einen petrochemischen Komplex in der Daya-Bucht (Provinz Guangdong): die niederländische Shell will sich hierbei mit drei chinesischen Firmen zu einem Joint venture zusammenschließen (XNA, 18.2.98).

Li Peng besuchte auch Amsterdam und den Hafen von Rotterdam.

- Nur wenige Tage vor Li Pengs Abreise hatte auch der Stellvertreter der Ministerpräsident *Li Lanqing* eine Dreiländerreise angetreten, die ihn nach Spanien (4.-7.2.), nach Belgien (8.-12.2.) und schließlich nach Dänemark (13.-17.2.) führte. In Lis Begleitung befanden sich 50 Vertreter aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen (XNA, 13.2.98).

Während die Besuche in Spanien und Belgien glatt über die Bühne gingen, traf Li in Dänemark auf eine Regierung, die mit zu den hartnäckigsten Kritikern der chinesischen Menschenrechtspolitik gehört und die, wie erwähnt, noch 1997 - abweichend von den meisten EU-Mitgliedern - bei der UNO-Menschenrechtskommission in Genf einen eigenen Verurteilungsantrag eingebracht hatte. Außerdem war zur Zeit des Besuchsantritts von Li bereits eine Visite des exilierten Dissidenten Wei Jingsheng für die Zeit vom 28. bis 30. März in Kopenhagen geplant (SCMP, 13.2.98). Li kam mit der Absicht, die „frostigen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufzutauen“ (SCMP, 14.2.98).

Die tapferen Dänen ließen auch diesmal nicht locker, sondern drängten die VR China, in Zukunft jede internationale Menschenrechtskonvention mit zu unterzeichnen (SCMP, 17.2.98). Gleichzeitig kündigte Ministerpräsident Rasmussen an, daß Dänemark die Aufnahme Chinas in die Welt-handelsorganisation befürworte. Beide Seiten kamen auch darin überein, daß sie in Zukunft ihre bilateralen Beziehungen verstärken wollten.

- Im Februar gab schließlich auch der Vorsitzende der Sonderverwaltungszone Hongkong, *Tung Chee-hwa*, bekannt, daß er zwei westeuropäische Länder besuchen und sich vom 9. bis 10. März in Bonn und Frankfurt, vom 11. bis 13. aber in Paris aufhalten wolle (XNA, 17.2.98).

Die Reise wurde wie angekündigt durchgeführt. Tung traf in Bonn mit Bundeskanzler Kohl und Parlament-präsidentin Stübner, in Frankreich mit Staatspräsident Chirac und mit Premierminister Jospin zusammen.
-we-

5 China und die EU (5): ASEM II

Bei der ASEM-Konferenz in London am 3. und 4. April 1998 kam es zu weiteren Kontakten der 15 EU-Länder

mit den Regierungschefs der ASEAN-Länder sowie Südkoreas, Japans und Chinas. Die Teilnahme am ASEM II war die erste außenpolitische Aktion des neugewählten Ministerpräsidenten Zhu Rongji.

Das „Asia-Europe-Meeting“ geht auf einen Vorschlag Singapurs zurück. ASEM I hatte am 1. und 2. März 1996 in Bangkok stattgefunden und ein doppeltes Ziel verfolgt: Erstens einmal sollte eine „Lücke“ im planetarischen Dreieck USA-Asien-Europa geschlossen werden: Während es nämlich zwischen den USA und Europa die G7 und die NATO, zwischen den USA und Asien aber die APEC gibt, hatte es bis dahin an einem soliden Band zwischen Asien und Europa gefehlt. Zweitens aber sollte ASEM eine Einrichtung werden, die vor allem asiatischen Spielregeln gehorchte: Persönliche Beziehungen müßten wichtiger sein als einzelne Sachthemen. Wenn die Politiker sich gegenseitig schätzen lernten, ließen sich auch politische Probleme leichter in den Griff bekommen - dies etwa war die Prämisse. ASEM sollte zu einer Art institutionalisiertem Kamingsgespräch und zu einem Treffen mit „gedeihlicher Atmosphäre“ werden. Bei der Konferenz in Bangkok ging diese Zielsetzung noch z.T. in Erfüllung (näheres dazu C.a., 1996/2, S.159-161). Bei „ASEM II“ in London kam es dagegen zu einem „Massenauftrieb“ von 2.500 Delegierten, denen fast ebenso viele Journalisten auf den Fersen waren. Von Kamingsgesprächs-atmosphäre keine Spur!

Auch hatten sich gegenüber 1996 die Vorzeichen verändert. War Europa damals noch das Krisenzentrum und „Asien“ die mächtige Antriebskraft, so war es diesmal gerade umgekehrt - und es entstand nicht von ungefähr der Eindruck, als seien viele Europäer mittlerweile geradezu übermütig geworden und zeigten sich schon fast wieder ein wenig gönnerhaft: ein schwerer Fehler, wie sich schon in wenigen Jahren erweisen dürfte, wenn sich die „Drachen und Tiger“ wieder erholt haben.

Von der Sache her kam in London wenig heraus: u.a. wurde ein „ASEM Trust Fund“ mit knapp 50 Mio. DM gegründet, mit dessen Hilfe europäisches Bankfachwissen in die asiatischen Länder übermittelt und der dortige Privatisierungsprozeß sowie vor allem die Bankenkontrolle verstärkt werden sollte. Im übrigen konnten die Europäer darauf ver-

weisen, daß sie ja indirekt an der Überwindung der Asienkrise mithelfen, nämlich via IWF.

Ob das eigentliche Anliegen eines europäisch-asiatischen Treffens, nämlich das „persönliche-sich-schätzen-Lernen“ erreicht wurde, ist eine Frage, die sich wohl eher verneinen läßt - zumindest angesichts einer Mammutveranstaltung vom Ausmaß der Londoner ASEM II. -we-

6 Genfer UN-Menschenrechtskommission lehnt Resolution gegen China ab

Am 16.3. begann in Genf die 54. Jahrestagung der UNO-Menschenrechtskonferenz.

Mehr als 2.000 Vertreter von Staaten und Nichtregierungsorganisationen nahmen daran teil. Auf dem Programm der sechs Wochen dauernden Jahrestagung stehen Verletzungen der Menschenrechte in mehr als zwei Dutzend Ländern sowie die Ausarbeitung eines „Rechts auf Entwicklung“. Der Menschenrechtskommission gehören 53 Länder an. Soweit China in Betracht kommt, standen die Ergebnisse praktisch schon bei Beginn fest.

Zum einen nämlich hatte die EU beschlossen, keinen Verurteilungsantrag gegen China mehr einzureichen.

Daraufhin hatte, kurz vor Beginn der Konferenz, auch die US-Regierung ihre Absicht bekundet, erstmals seit vielen Jahren von einem Antrag gegen China abzusehen. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte zur Begründung, es habe eine Reihe positiver Entwicklungen in der Volksrepublik gegeben. Vor allem habe Beijing seine Bereitschaft erklärt, die Internationale Menschenrechtskonvention zu unterzeichnen.

Am 12. März hatte Außenminister Qian Qichen in Beijing darauf hingewiesen, daß die VR China bereits im Oktober 1997 die „UNO-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ unterzeichnet habe. Nunmehr beabsichtige die chinesische Regierung, auch die „Internationale Konvention über zivile und politische Rechte“ (International Covenant on Civil and Political Rights) zu unterzeichnen. In der Konvention werden Grundrechte garantiert, darunter Rechte auf freie Rede, auf Vereinigung und auf Versammlung. Die UN-Hochkommissarin für Menschen-

rechte, Mary Robinson, zeigte sich von dieser Erklärung beeindruckt und ist nunmehr sicher, daß Beijing, obwohl es noch kein genaues Datum für die Unterzeichnung bekanntgegeben hat, doch offensichtlich ernsthaft den Weg zur Unterzeichnung beschreibe (SCMP, 13.3.98).

Mittlerweile hat Beijing die Hochkommissarin auch zu einem Besuch nach China eingeladen (XNA, 1.4.98).

Ausländische Kommentatoren zweifeln am guten Willen der chinesischen Regierung: Erstens einmal handle es sich bei dem Versprechen Qian Qichens um ein höchst unkonkretes - und überdies undatiertes - Versprechen. Zweitens aber gebe es doch bereits eine chinesische Verfassung, in deren Artikel 35 ausdrücklich vermerkt sei, daß die Bürger der VRCh die Freiheit der Rede, der Publikation, der Vereinigung und der Durchführung von Demonstrationen genießen. Diese Verfassung sei nun schon seit 16 Jahren in Kraft, werde aber notorisch mißachtet. Zweifel seien also mehr als berechtigt!

Der deutsche Delegationsleiter Baum (FDP) führte aus, daß sich die Situation der Menschenrechte in China zwar nicht dramatisch verbessert habe, daß die deutsche Delegation aber gleichwohl auf der EU-Linie bleibe.

Die Entscheidung der EU (und später auch der USA), gegen China keinen Verurteilungsantrag mehr einzubringen, wurde besonders scharf von amnesty international kritisiert, aber auch von dem mittlerweile in den USA lebenden Dissidenten Wei Jingsheng (SCMP, 17.3.98). „a.i.“ wies darauf hin, daß China im Jahre 1997 200.000 Menschen willkürlich verhaftet und zur „Umerziehung“ in Arbeitslager gezwungen habe. Die brutale Unterdrückung jeder Opposition in China dauere an.

Von chinesischer Seite werden die von a.i. vorgebrachten Zahlen als Phantasiereise und als pure Erfindungen bezeichnet.

Der chinesische Vertreter in Genf, Wu Jianmin, führte in seiner Rede vom 17. März aus, daß die Kommission für Menschenrechte seit 1992 534 Resolutionen erlassen habe, von denen sich allerdings nur 33 auf soziale und wirtschaftliche Fragen bezogen hätten, der Rest aber auf individuelle Menschenrechte. Hier handle es sich um ein grobes Ungleichgewicht. Man bedenke doch bitte, daß auf der Welt der-

zeit 5,7 Mrd. Menschen lebten, davon 4,9 Mrd. in Entwicklungsländern, von denen wiederum 1,3 Mrd. am Rand des Verhungerns stünden. Weit wichtiger als individuelle Rechte seien für diese Menschen das „Recht auf Überleben“, das „Recht auf Entwicklung“ und Rechte auf einen bestimmten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status. Individuelle Rechte seien für Menschen nur dann sinnvoll, wenn sie nicht hungerten sowie bereits angemessen untergebracht und gekleidet seien (XNA in SWB, 19.3.98). -we-

7 USA: Konflikt über die menschenrechtliche Behandlung der VR China

Während die Europäer beschlossen, China in der Menschenrechtsfrage nicht mehr anzugreifen, handelte der US-Senat fast zur gleichen Zeit in entgegengesetzter Richtung: mit 95:5 Stimmen nahm er eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wurde, bei der Tagung der Genfer UNO-Kommission für Menschenrechte eine Verurteilung Chinas zu fordern. Zuvor hatte sich bereits die Kommission für internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses für eine Verurteilung Chinas ausgesprochen.

Die Regierung freilich ließ diese Resolution ins Leere laufen und beschloß, ähnlich wie die EU, diesmal keinen Verurteilungsantrag zu stellen. Vor allem das US-Außenministerium glaubte Licht am Ende des Tunnels zu erkennen, nachdem der chinesische Außenminister Qian Qichen die Bereitschaft seines Landes erklärt hatte, die „Konvention über politische und Bürgerrechte“ zu unterzeichnen.

Präsident Clinton hatte die Bedeutung der Menschenrechtsfrage im Rahmen der amerikanischen China-Politik bereits 1997 explizit herabgestuft und erklärt, daß die USA fortan mit anderen Mitteln - nämlich durch Kooperation, Verpflichtung auf internationale Übereinkommen und verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit - versuchen würden, Beijing zu beeinflussen. Der Verzicht auf politische Verurteilung im Rahmen der UNO bedeutet also nicht, daß Washington das Thema Menschenrechte für erledigt hält. Man wolle die diplomatischen Mittel lediglich den politischen Gegebenheiten anpassen.

Gerne sähe es Clinton, wenn der Disident Wang Dan im Vorfeld seines für

Juni 1998 geplanten Besuchs freigelassen würde.

Auch die Entlassung des 43jährigen Wang Tingjin am 10. März 1998 sei eine Folge entsprechender amerikanischer Bemühungen gewesen, meint man in Washington (SCMP, 11.3.98).

Auch Außenministerin Albright hat inzwischen von einer zunehmend „konstruktiven Beziehung zu China“ gesprochen und begründete dies damit, daß die VR China in letzter Zeit strikt ihre Nuklearexporte unter Kontrolle halte, daß sie konstruktiv bei den Sicherheitsvereinbarungen für die koreanische Halbinsel mitarbeite, daß sie weiterhin solide Wirtschaftsreformen durchführe, daß sie sich im Zusammenhang mit der asiatischen Finanzkrise stabilisierungsbewußt verhalten und daß sie nicht zuletzt auch die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte eingeladen habe (XNA, 6.3.98). -we-

8 Keine Einmischungen im Kosovo-Konflikt!

Am 10. März erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß China keine Einschaltung des UN-Sicherheitsrats in die Kosovo-Frage wünsche. Es handle sich hier um eine innerjugoslawische Angelegenheit. Belgrad habe sich bisher mit keiner Bitte um Mithilfe an den Sicherheitsrat gewandt. Dies sollte man respektieren (XNA in SWB, 11.3.98).

Daß es in Kosovo 1,8 Mio. Albaner gibt, die dort rund 90% der Bevölkerung stellen, spielt für Beijing offensichtlich keine Rolle. Ausschlaggebend ist allein das formale Argument, daß der Kosovo zu Jugoslawien gehört und daß die jugoslawische Regierung die Kosovofrage nach ihren eigenen Vorstellungen lösen möchte.

Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert diese Haltung Chinas folgendermaßen (SZ, 12.3.98): „Auch für Slobodan Milosevic kommt das Licht aus dem Osten. Der wegen brutaler Verfolgung der Albaner im Kosovo unter internationalen Druck geratene jugoslawische Präsident darf sich über einen neuen Schutzpatron freuen. China macht im UN-Sicherheitsrat im Alleingang eine gemeinsame Erklärung zum neuen Balkan-Brandherd zunichte. Die Begründung: der Kosovo sei eine innere Angelegenheit Serbiens. Mit inneren Angelegenheiten kennt sich Peking natürlich bestens aus, was z.B.

die Tibeter und die unterdrückten Uiguren bestätigen könnten. Wenn sich also nun die Kommunisten in China mit den serbischen Sozialisten solidarisieren, dann ist die Schützenhilfe nur ein Nebenprodukt. Im Vordergrund steht anderes: Peking spricht erstens pro domo und nutzt zweitens eine Gelegenheit, auf der Weltbühne als Vetomacht aufzutreten. Da können die Chinesen den Russen die Hand geben, die sich in Belgrad wie auch in Bagdad gern ihren Großmacht-Status bestätigen lassen. ... Die Serben könnten sich durch die Pekinger Protektion zur harten Gangart ermuntert fühlen, die Albaner sich aber in der Hoffnung zur Wehr setzen, daß der Westen militärisch eingreift. So wird Brennstoff geliefert für die Kriegsmaschine.“ -we-

9 Bundeskanzler Kohl kündigt Chinabesuch an

Im Februar kündigte auch Bundeskanzler Kohl einen viertägigen Besuch in der VR China an, und zwar vom 27. Juni bis 1. Juli 1998. Kohl folgte damit, trotz seines vollen Terminkalenders im Wahljahr, dem ausdrücklichen Wunsch Beijings. Allerdings dürfte der Kanzler auch an den Wahlkampf gedacht haben, als er die Einladung annahm. Bei dem Kanzlerbesuch könnte u.a. ein 5-Mrd.-DM-Projekt von BASF in Nanjing besiegelt werden.

Möglicherweise besucht Zhu Rongji noch vor der Kanzlervisite die Bundesrepublik Deutschland.

Mit dem inzwischen zum Ministerpräsidenten gewählten Zhu traf Kohl übrigens auch beim ASEM-II-Gipfel in London am 3. und 4. April zusammen. -we-

10 Kontakte Beijing-Vatikan?

Im Februar 1998 gab es Anzeichen für Gespräche zwischen Beijing und dem Vatikan.

Anlaß dafür war der Besuch dreier hochrangiger amerikanischer Geistlicher in China, die drei Religionen, nämlich das Judentum, den Katholizismus und die Evangelische Kirche, vertraten und vom 10. bis 28. Februar Beijing, Nanjing, Shanghai, Chengdu, Lhasa sowie Hongkong besuchten und dort u.a. auch mit führenden Persönlichkeiten der fünf Hauptreligionen Chinas (Buddhismus, Katho-

lizismus, Protestantismus, Islam und Daoismus) zusammentrafen (ausführl. dazu C.a., 1998/2, Ü 9).

Auch hat Papst Johannes Paul II in der Zwischenzeit Kuba besucht und dort mit Fidel Castro konstruktive Gespräche führen können. Damit wurde eine Art Präzedenzfall für einen neuen Anlauf zur Ausgestaltung von Beziehungen zwischen dem Vatikan und realsozialistischen Ländern geschaffen. Auf alle Fälle war „Kuba“ auch ein Signal für China, das ja z.Z. dabei ist, sein außenpolitisches Image aufzupolieren und dem es deshalb ratsam erscheinen muß, auch mit dem Vatikan in besserem Einvernehmen zu stehen.

Zwei große Hürden sind bei der gegenseitigen Annäherung allerdings noch zu nehmen:

Da ist erstens die Taiwanfrage. Bekanntlich unterhält der Vatikan nach wie vor diplomatische Beziehungen zur Republik China auf Taiwan und verstößt damit gegen das volksrepublikanische Einheitsdogma, demzufolge nur die VRCh als Vertreterin des gesamten chinesischen Volkes agieren darf.

Zweitens besteht seit 1950 die sog. „Patriotische Drei-Selbst-Bewegung“ (*san zi aiguo yundong*), derzufolge die christlichen Kirchen, vor allem die Katholiken, in dreifacher Hinsicht unabhängig zu sein haben, nämlich organisatorisch, finanziell und pastoral. Verboden ist seit damals nicht nur die (seit dem 19. Jh. in schlechtem Ruf stehende) Mission, sondern auch die Bischofsernennung durch den Vatikan. Paradoxerweise hat diese „Unabhängigkeit“ auch dazu geführt, daß die Reformen des II. Vaticanum in China nie anerkannt worden sind und daß dort die Messe daher nach wie vor nicht in der Volkssprache, sondern auf Lateinisch zelebriert wird. Erst in allerjüngster Zeit ist auch hier Bewegung in die Szene gekommen, doch nicht, weil der Vatikan es so wollte, sondern weil die Patriotische Kirche es für gut befindet.

Da sich aber viele Katholiken in China nicht einer Massenorganisation, wie es die Patriotische Kirche nun einmal ist, unterstellen wollten, haben sich zahlreiche Untergrundkirchen herausgebildet, die z.T. papsttreu sind, z.T. aber auch anderen Prinzipien gehorchen, in jedem Fall aber im Verdacht der Geheimbündelei stehen und die deshalb von den Behörden nicht selten krimi-

nalisiert werden. Immer wieder wird deshalb vor „verbrecherischen Aktivitäten unter dem Banner des Christentums“ gewarnt, wobei die Behörden sich bemühen, Sekten (z.B. die „Sekte der Rufer“, die „Apostelgesellschaft“ etc., C.a., 1995/12, Ü 4) mit kriminellen Vereinigungen zu einem einzigen Brei zusammenzurühren und ihnen damit jegliche Daseinsberechtigung abzusprechen.

Für China wird es angesichts dieser beiden Schwierigkeiten nicht leicht sein, über seinen eigenen Schatten zu springen.

Aber auch der Vatikan hat Schwierigkeiten auf seinem Weg nach Beijing. Anfang 1998 versuchte er es trotzdem auf einem gleich dreifachen Weg, indem er erstens den Erzbischof Theodore McCarrick, der sich unter den Repräsentanten der erwähnten US-Besuchertruppe befand, als eine Art informellen Botschafter einschaltete (SCMP, 13.2.98), indem er zweitens dem italienischen Staatspräsidenten Oscar Luigi Scalfaro, der vom 23. bis 28. Februar 1998 nach China reiste, eine Liste von 36 eingekerkerten Katholiken übergab, um deren Freilassung Scalfaro bitten sollte (SCMP, 14.2.98), und indem das Außensekretariat des Vatikan die Beijinger Regierung darum bat, einen Abgesandten der Katholischen Kirche in Beijing zu empfangen. Dieser Empfang möge als erster Schritt auf einem hoffentlich längeren gemeinsamen Wege dienen (SCMP, 14.2.98). In diesem Zusammenhang verwies der Vatikan auf den Präzedenzfall Kuba. -we-

11 Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Südafrika

Am 1. Januar 1998 eröffnete die chinesische Botschaft in Pretoria ihre Tore, und zwar in Anwesenheit von Außenminister Qian Qichen, der zu diesem Zweck eigens für fünf Tage angereist war.

Einen Tag vorher hatte die Botschaft der „Republik China“/Taiwan, mit der die Republik Südafrika seit 28.4.1976 diplomatischen Austausch gepflegt hatte, ihre Pforten geschlossen. Vor allem Präsident Mandela hatte immer wieder versucht, Taiwan mit im Spiel zu behalten und offizielle Beziehungen zu *beiden* chinesischen Staaten aufzunehmen, war mit diesem Anliegen bei der VR China allerdings auf Granit gestoßen, so daß er schließ-

lich nach einem auch für ihn persönlich offensichtlich schmerzhaften Prozeß am 27.11.96 bekanntgeben mußte, daß die diplomatischen Kontakte zu Taiwan Ende Dezember 1997 abgebrochen würden, daß die nichtpolitischen Beziehungen zum Inselstaat jedoch aufrechterhalten blieben (dazu ausführlich C.a., 1997/1, Ü 5).

Außenminister Qian wies bei der Aufnahmezeremonie darauf hin, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten außerordentlich entwicklungsfähig seien: so sei der Außenhandel von 14 Mio. US\$ in 1991 auf 1,35 Mrd. in 1997 angestiegen. 1998 erreiche er vermutlich bereits 1,6 Mrd. – eine Summe, in der die 1,4 Mrd., die zwischen Südafrika und der SVR Hongkong umgesetzt würden, noch gar nicht einbezogen seien (XNA, 2.1.98).

Mandela hatte nach seiner Amtseinführung im Mai 1994 unbedingt an den Beziehungen zu Taiwan festhalten wollen. Vor den ersten freien Wahlen in Südafrika im April 1994 hatte Taiwan dem ANC Mandelas die Summe von 10 Mio. US\$ als Wahlhilfe zukommen lassen. Der Präsident hatte dies „ein Geschenk, keine Bestechung“ genannt. Taiwan hatte nicht nur Wahlkampfspenden gegeben, sondern beispielsweise auch rund 30 Mio. US\$ für die Ausbildung ausgemusterter Soldaten, vor allem ehemaliger ANC-Guerillakämpfer, ausgegeben. Ferner hatte Taiwan das Stipendienprogramm der Jugendorganisation des ANC mitfinanziert.

Der ANC und nicht zuletzt auch Mandela waren wegen all dieser gegenüber Taiwan aufgebauten Verbindlichkeiten bereits häufiger kritisiert worden.

Als Taiwans Botschafter das Land verließ, betonte Mandela in einer feierlichen Zeremonie, daß Südafrika die höchstmöglichen Beziehungen zu Taiwan unterhalb der diplomatischen Ebene aufrechterhalten wolle. Er verlieh dem Botschafter den „Orden der Guten Hoffnung“, Südafrikas höchste Auszeichnung für Ausländer.

Am Rande der Aufnahmezeremonien wurden zwischen beiden Seiten fünf Dokumente unterzeichnet (XNA, 31.12.97), die sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf Investitionen bezogen. Unter anderem will sich China stärker im Minensektor der Kaprepublik engagieren und Diamanten, Kohle, Kupfer, Kobalt und Stahl

sowie Eisenerz kaufen. Für beide Seiten sei die Errichtung diplomatischer Beziehungen ein „Meilenstein“, hieß es (XNA, 31.12.97). -we-

12 Stand der Nuklearrüstung

Am 13. März wurde in Washington eine Studie des Nationalen Rats für Verteidigungsforschung veröffentlicht, in der die Abrüstungsfortschritte auf nuklearem Gebiet untersucht werden.

Die beiden einstigen Nuklearsupermächte, nämlich China und die Sowjetunion/Rußland, hätten bis Ende 1997 insgesamt 36.000 Atomsprengköpfe entsorgt. Weitere 14.000 sollen in naher Zukunft vernichtet werden. Mitte der 80er Jahre hatte es weltweit noch 70.000 Sprengköpfe gegeben. In Osteuropa sowie in 14 ehemaligen Sowjetrepubliken gebe es keine Raketenstützpunkte mehr.

Unklarheiten bestehen allerdings über das Atomwaffenpotential Chinas, da die Regierung in Beijing zu diesen Beständen wie ein Grab schweigt. Die Autoren der Studie gehen von 400 Atomwaffen aus, die an 20 verschiedenen Stützpunkten über den Subkontinent China verteilt seien.

Auch Israel verfüge insgeheim über etwa 100 Atomwaffen. Indien und Pakistan arbeiteten an der Entwicklung (SZ, 14./15.3.98).

Offensichtlich denkt man in China gar nicht an eine nukleare Abrüstung. Immer wieder heißt es statt dessen, daß das chinesische Nukleararsenal für kein Land der Welt eine Bedrohung bedeute. Dies versicherte erst wieder der chinesische Gesandte in Abrüstungsfragen, Li Changhe, am 12. März bei einer Konferenz in Genf (XNA in SWB, 14.3.98). China habe sich schon seit Jahrzehnten einseitig dazu verpflichtet, keinen anderen Staat mit Atomwaffen zu bedrohen oder gar solche Waffen gegen ihn einzusetzen. Auch unterstütze Beijing die Bildung atomwaffenfreier Zonen auf freiwilliger Grundlage. Das Land habe auch an der Ausformulierung des CTBT (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty) mitgewirkt und ihn unterzeichnet. Wenn die VR China nach wie vor Atomwaffen besitze, so verfolge sie damit ausschließlich defensive Zwecke.

Auch bei der friedlichen Nutzung von Atomkraft will sich China von niemandem die Hände binden lassen. Über diese Frage gibt es allerdings

nicht einmal noch mit den Amerikanern Streit, seit sich die USA nämlich darum bemühen, von den Chinesen den Zuschlag für den Bau von Kernkraftwerken zu erhalten. -we-

13 Neuer Anlauf der USA, China vom Export von Raketentechnologie abzuhalten

Am 18. März 1998 berichtete die *Washington Times*, daß das amerikanische State Department der VR China Raketentechnologie für den Fall angeboten habe, daß Beijing sich im Gegenzug dazu verpflichtet, auf den Export von Raketen in den Iran, nach Pakistan und in andere Entwicklungsländer zu verzichten. Dieser Verzicht sei dadurch zu leisten, daß sich China dem MTCR (Missile Technology Control Regime) anschließt, das bisher von 29 Nationen unterzeichnet wurde. Seit sechs Jahren hat China immer wieder zugesagt, es wolle sich an das MTCR halten, ohne allerdings seine Unterschrift unter diese Konvention zu setzen.

Möglicherweise wird das MTCR beim Besuch des US-Präsidenten Clinton in Beijing Anfang Juni 1998 unterzeichnet. Sicher ist die chinesische Zustimmung allerdings noch lange nicht (SCMP, 19.3.98). -we-

14 Weigerung Chinas, die Konvention gegen Landminen zu unterzeichnen

Jedes Jahr werden gegenwärtig rund 26.000 Menschen durch Landminen getötet oder verstümmelt; alle 20 Minuten ist also nach Angabe des Internationalen Roten Kreuzes ein Landminenopfer zu beklagen, wobei in Asien Kambodscha zu den mit am schlimmsten betroffenen Ländern gehört.

Um diesem verbrecherischen Umgang mit Landminen ein Ende zu bereiten, haben Menschenrechtsorganisationen, UNO und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes schon zu Beginn der 90er Jahre eine Kampagne zum Verbot aller Formen von APM (Anti Personal Landmines) gestartet.

Anschließend unterstützten 50 Nationen die Initiative Kanadas für eine APM-Konferenz in Ottawa im Oktober 1996. Im Gefolge dieser Konferenz wurde - und zwar in Oslo - der Text für eine Konvention über das Verbot des Einsatzes sowie der Herstellung, der Lagerung und der Wei-

tergabe von APM ausgearbeitet. Dieses Osloer Dokument wurde am 3. und 4. Dezember 1997 in Ottawa zur Signatur ausgelegt. In Anwesenheit des UNO-Generalsekretärs unterzeichneten nicht weniger als 121 (Länder) die Konvention. Als Gastgeberland setzte Kanada die erste Unterschrift unter das Dokument. Eine Reihe von Großmächten, darunter USA, Rußland und China, schickten zwar Beobachter zu dem Termin, ohne allerdings die Konvention zu unterzeichnen. Zu den Verweigerern gehörten auch die Türkei, Finnland, Kuba und Libyen sowie Indien, Pakistan, Israel, Ägypten, der Iran, der Irak, Nord- und Südkorea sowie Vietnam.

Die Konvention tritt in Kraft, sobald sie von mindestens 40 Staaten ratifiziert worden ist; dieser Prozeß dürfte etwa zwei Jahre dauern.

Die hohe Zahl der Unterzeichner war nicht zuletzt durch die effiziente Durchführung des sogenannten „Ottawa-Prozesses“ begünstigt worden, der von der Ottawa-Konferenz in Gang gesetzt und zusätzlich von der „International Campaign to Ban Landmines“ unterstützt worden war. Die Initiatoren dieser Kampagne waren im Oktober 1996 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Der Prozeß hatte außerdem davon profitiert, daß sich die Prinzessin von Wales, Diana, bis zu ihrem Tod im August 1997 an den Werbekampagnen wirkungsvoll beteiligt hatte.

Zu den Nichtunterzeichnern gehörte, wie gesagt, auch die VR China. Der Sprecher des Außenministeriums, Tang Guoqiang, hatte bereits im April 1996 erklärt, daß die VR China sich formell dazu verpflichtet habe, keine APM zu exportieren, daß sie aber aus Defensivüberlegungen darauf bestehe, weiterhin APM auf ihrem eigenen Gebiet einsetzen zu dürfen. Der einzige Zweck der Verwendung von APM bestehe darin, die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten (XNA, 5.12.97). Diese Wortregelung wurde beibehalten.

China dürfte seinen Beschluß nicht zuletzt auch mit Seitenblick auf die USA und Rußland gefaßt haben. Die USA bestehen beispielsweise darauf, daß die Minenfelder in der demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea aufrechterhalten und daß Antipanzernminen durch Antipersonenminen abgesichert bleiben müssen.

Rußland begründet seinen Schritt ähnlich wie China: Es hat zwar den

Export von APM verboten, will die Waffen aber nach wie vor zu Defensivzwecken beibehalten (USA bis 2006). -we-

15 VBA-Konzerne in Hongkong

Die als überaus effizient - und abgebrüht - bekannten Militärbetriebe haben mittlerweile die SVR Hongkong als offensichtlich höchst profitablen Markt entdeckt. Bei den Bewegungen in Richtung Hongkong lassen sich allerdings nur die Spitzen des Eisbergs identifizieren. So hat beispielsweise im März 1998 die „Nord-Anhua-Gruppe“, die als Investitionsorgan der paramilitärischen Polizei bekannt ist, ihre Fühler nach Hongkong ausgestreckt, um sich dort an den „Peace-Mark (Holdings)“ zu beteiligen. Eine Kooperation kleineren Ausmaßes zwischen diesen beiden Wirtschaftsunternehmen ist bereits in Form des „Overseas Treasure“-Joint Ventures entstanden, das im Juli 1997 gegründet wurde und sich auf den Handel mit Nahrungsmitteln spezialisiert. „Overseas Treasure“ hat Anfang März eine Filiale in Beijing eröffnet und plant, seine Produktionslinien auf Zigarren, Zigaretten und Rotwein auszuweiten. Bisher handelt Overseas Treasure mit bekannten Marken auf dem Gebiet von Konditoreiwaren, Weinen und Spirituosen. Der Gewinn des Joint Ventures liegt angeblich gegenwärtig bei 35% (!). Innerhalb der nächsten zwölf Monate soll der Umsatz um mindestens 100% gesteigert werden. Unter anderem will Overseas Treasure in China einen größeren Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieb errichten (SCMP, 5.3.98).

Ausländer neigen dazu, Verbindungen mit Militärbetrieben wo immer möglich anzustreben, da diese Betriebe mit zu den gewinnträchtigsten in der chinesischen Volkswirtschaft gehören; verfügen sie doch über große Maschinenparks, Grundstücke in bester Lage, Flughäfen und Kommunikationseinrichtungen, wie sie keinem zivilen Konkurrenzbetrieb zur Verfügung stehen, und die übrigens in aller Regel auch bereits vom Steuerzahler vorfinanziert sind.

Bisweilen allerdings erweist sich eine solche Zusammenarbeit als durchaus problematisch. Dies war beispielsweise bei der deutschen Firma Fresenius der Fall, die Anfang März die Nieren-

Dialyse-Kooperation mit einem militärischen Krankenhaus in Guangzhou aufkündigte, weil sie jeden Verdacht von sich fernhalten wollte, am Handel mit Organen beteiligt zu sein, die exekutierten Gefangenen entnommen werden (AWSJ, 9.3.98).

Verdachtsmomente dieser Art sind seit Anfang 1998 als Gerüchte ausgestreut worden - und haben sich für die chinesischen Behörden als äußerst peinlich erwiesen, weshalb es auch immer wieder zu empörten Dementis kommt. -we-

Innenpolitik

16 Im Schatten des NVK: Die Tagung der Politischen Konsultativkonferenz

Gleichzeitig mit der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) (siehe den Aufsatz „Die neue chinesische Regierung“ in diesem Heft) hielt auch die IX. Nationale Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) in Beijing ihre Jahrestagung ab. (RMRB, 2.-19.3.1997)

Dieses „Einheitsfrontorgan“, das noch vor Gründung der VR China ins Leben gerufen worden war, um alle kooperationswilligen Parteien und Gruppen unter der Führung der Kommunistischen Partei zu vereinen, fristet ein Schattendasein unter Chinas politischen Institutionen: Es handelt sich um ein Konsultativorgan, das über keine Beschluß- oder Entscheidungsbefugnisse verfügt, von der Parteipropaganda aber stark herausgestellt wird, um die vorgebliche „Mehrparteienkooperation“ der Kommunistischen Partei mit den acht „Demokratischen Parteien“ und sonstigen Gesellschaftsgruppen zu demonstrieren. (Zur Rolle der „Demokratischen Parteien“ siehe C.a. 1996/12, Ü 5.)

Wichtigste Aufgabe der PKKCV ist es, der Partei- und Staatsführung Vorschläge für politische Maßnahmenprogramme insbesondere in den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheitspolitik sowie - in geringem Umfang - auch in politisch sensibleren Feldern (Rechts- und Verwaltungsreform) zu unterbreiten. Auf der diesjährigen Tagung der PKKCV sollen rund 1.700 der Mitglieder mehr als 2.800 Politikvorschläge an das KPCh-